

Anträge und Anfragen der Linken Liste

November 2002	Jugendleitercard – Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit durch Vergünstigungen, die die Stadt Wiesbaden gewährt
September 2002	Zusammenlegung von Oberbürgermeister und Landtagswahltermin
Mai 2001	Öffentliche Bekanntmachung nicht-öffentlicher Sitzungen und nicht-öffentlicher Tagesordnungspunkte der Ortsbeiräte
April 2001	Hauptsatzung ändern - Einfluss der Republikaner einschränken
Anfragen	
Juni 2005	Ausschreibung der Stelle des Amtsleiters des Gesundheitsamtes
Juli 2003	Angebot und Nachfrage für Veranstaltungsräume
Juli 2003	Einleitung eines Bußgeldverfahrens gegen Herrn Hans-Gerd Öfinger
September 2002	Vorgaben des Landes Hessen zum Realisierungswettbewerb Kranzplatz
Juni 2001	Grundstückserwerb und Baubeginn - rechtlicher und zeitlicher Zusammenhang

Wie erreichen Sie die Fraktion?

Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?

Mo, Di, Mi, Do: 10–13 Uhr; Mo, Di, Mi: 16–18 Uhr; Freitag 9–11 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presserechtlich verantwortlich: Dr. Gottfried Schmidt – Eigendruck

Informationen der Linken Liste (LiLi) Wiesbaden



Transparenz und Demokratie von unten stärken

Die Linke Liste Wiesbaden setzt sich dafür ein, dass Politik - auch Kommunalpolitik - nicht nur „für die Menschen“ gemacht wird, sondern engagiert sich für ein enges Miteinander von BürgerInnen, Politik, und Verwaltung damit immer mehr im Zusammenleben durch die Menschen selbst realisiert wird.

Wege zur Erweiterung direktdemokratischer Beteiligungsformen sehen wir u.a. in folgenden Richtungen:

Bürgerbeteiligung bei kommunalen Planungen

Es muss alternativlose Praxis werden, dass mittel und langfristige Planungen der sozialen Infrastruktur, von Bau und Verkehrsprojekten sowie der Landschafts- und Umweltgestaltung in der Stadt im Vorfeld rechtzeitig mit der Öffentlichkeit entwickelt, beraten und entschieden werden. Die Bürgerbeteiligung bei der Entwicklungsplanung (siehe z.B. Ansätze beim „Bürgerforum Rheinufer“ oder „Planwerkstatt Güterbahnhof West“) muss zu einer realen Mitgestaltung der sich dort beteiligenden MitbürgerInnen an den Planungen führen und nicht als Feigenblatt für die Durchsetzung eigener bereits feststehender Vorstellungen missbraucht werden.

Die Fraktion der Linken Liste Wiesbaden hat sich in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, dass die Bürgermeinung gehört wurde und auch Ausgangspunkt für kommunale Entscheidungen wurde. Stichworte sind u.a.: Erhalt des Maarauedades, Sanierung der Häuser Hauptstraße 119–125 in Mainz-Kostheim, Ausbau des

ehemaligen Schlachthofgeländes zum Jugendfreizeit- und -kulturpark, unabhängige Information über die Risiken von Mobilfunkanlagen und Abwendung von gesundheitlichen Schäden.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

Die Linke Liste Wiesbaden unterstützt die Forderung nach einem einfachen und kostengünstigen Verfahren für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Das bedeutet für uns vor allem niedrige Beteiligungs- und keine Zustimmungsquoren, damit diejenigen, die an Plebisziten teilnehmen, auch die Entscheidungen treffen und nicht jene, die durch ihr Fernbleiben das Nichterfüllen hoher Beteiligungsquoren bewirken. Abgeschafft gehört auch der Ausschlusskatalog für Themen die somit nicht Gegenstand von Bürgerentscheiden sein dürfen.

Die LiLi und ihrer Fraktion haben sich aktiv an zwei Bürgerbegehren beteiligt. Sie unterstützten mit eigenen Beiträgen die von Bürgerinitiativen initiierten Unterschriftensammlungen zur Realisierung einer Stadtbahn in Wiesbaden sowie zum Erhalt des ESWE-Hallenbades. Vor, während und nach dem erfolgreichen Engagement der Wiesbadener BürgerInnen für das ESWE-Hallenbad bemühte sich die LiLi-Fraktion auch, mit Anfragen und Anträgen das Thema einer positiven kommunalpolitischen Entscheidung zu zuführen

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Die Linke Liste Wiesbaden fordert weiter vom Magistrat, praktikable Verfahrensgrundsätze vorzulegen, die die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Februar 2001 zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen der Landeshauptstadt Wiesbaden im Sinne des § 8 c HGO und der im Hinblick darauf vorgenommenen Veränderungen der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung gewährleisten. Die Verfahrensgrundsätze sollen sich beziehen auf

- die Beteiligung von Kinder- und Jugendinitiativen im Rahmen von Anhörungs-, Vorschlags- und Redemöglichkeiten in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen
- und die Möglichkeit der fachkundigen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die sich mit Anfragen oder Vorschlägen an die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse und/oder die Verwaltung wenden wollen.

lassen kaum Freiraum für geforderte Streifentätigkeiten. Die Linke Liste Wiesbaden wird sich für weniger Überwachung und für dezentralisierte Polizeidienststellen als qualifizierte Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Dazu sollte die Stadt der Polizei geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, so dass sich die Anfahrtswege für die Bürgerinnen und Bürger ebenso verkürzen wie für die Polizei selbst.

Anträge und Anfragen der Linken Liste

	Anträge
November 2005	Berufsorientierende und -qualifizierende Arbeit des Mädchentreffs sichern
Juli 2005	Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Aussagekraft des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi)
März 2005	Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Lage der Alten- und Pflegeheim AKK GmbH und der Altenhilfe Wiesbaden GmbH
November 2004	Novellierung der hessischen Gemeindeordnung
November 2004	Informationen für die Bürgerinnen und Bürger im Internetportal der Landeshauptstadt Wiesbaden
Dezember 2003	Veröffentlichungen Amtlicher Bekanntmachungen
September 2003	Umstrukturierung der Ortsverwaltungen
Mai 2003	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen
März 2003	Beachtung der Geschäftsordnung
März 2003	Zahl der Mitglieder je Ausschuss

fördern mit ihrer Wertschätzung der ehrenamtlichen Tätigkeit ebenfalls die öffentliche Sicherheit durch Vertrauensbildung.

Die bisher erfolgten Maßnahmen des „Ordnungs“-Dezernates unter CDU Führung bewirken hingegen nichts. Negativstes Beispiel ist die sogenannte Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Wiesbaden. Selbst in ihrer vermeintlich entschärften Version vom Dezember 2002 war sie für die Fraktion der LiLi in der Stadtverordnetenversammlung nicht zustimmungsfähig.

3. Sicherheit und Wohlbefinden für die Bürgerinnen und Bürger in Wiesbaden heißt auch und gerade: Sauberer Sand auf den Spielplätzen; Erhaltung der Erholungsmöglichkeiten auf den Kasteler Rheinwiesen; keine „Verdunkelung“ auf öffentlichen Straßen und Wegen; Wiedereinrichtung von öffentlichen Toilettenanlagen im gesamten Stadtgebiet ebenso wie ausreichend Mülleimer und Papierkörbe, statt immer neuer Bußgelder. Und Sicherheit und Wohlbefinden für die Wiesbadener Menschen bedeutet auch, umweltgefährdende Ansammlungen wie beispielsweise auf dem Gelände der US-Armee in Mainz-Kastel („AFEX“) umgehend zu beseitigen, statt anhaltend die Verantwortung dafür anderen zuzurechnen. Als weiteres Beispiel sei das Bußgeldverfahren gegen Herrn Hans-Gerd Öfinger wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Demonstrationsverbot in der Bannmeile des Landtages am 24.3.2003 aus Anlass des kriegerischen Einmarsches der USA im Irak am 24. März 2003 erwähnt; die Fraktion Linke Liste griff dieses skandalöse Vorgehen in einem Antrag im Stadtparlament auf.
4. Die Wiesbadener Stadtteile sowie die Wiesbadener Vororte sind von der Zentralisierung der Polizei zu Lasten einer polizeilichen Präsenz betroffen. Die Schließung von Polizeirevierern ist die Folge dieser Zentralisierung. Bürgerinnen und Bürger brauchen aber leicht erreichbare Polizeidienststellen, damit für sie die Möglichkeit der persönlichen Kontaktaufnahme mit ihren Beamtinnen und -beamten gegeben ist. Persönliche Kontakte schaffen das für die öffentliche Sicherheit notwendige Vertrauen. Polizeistreifen können die Defizite der polizeilichen Erreichbarkeit nicht kompensieren. Streifen richten sich in erster Linie nach den Belangen der Polizei und nicht nach den Wünschen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger; die alltäglichen Polizeiaufgaben

Natürlich unterstützt die LiLi auch die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes mit entsprechenden Rechten in Wiesbaden. Leider hat die CDU, die diesen Vorschlag in die Diskussion von 2003 eingebracht hatte, keinerlei sichtbare Aktivitäten zur Umsetzung im Parlament und Magistrat unternommen.

Förderung des Ehrenamtes

Die Demokratie von unten stärken heißt nach Ansicht der Linken Listen Wiesbaden auch, die Arbeit derjenigen die sich ehrenamtlich engagieren, zu würdigen und zu fördern. Förderung und Würdigung sollte sich auf die gesamte Breite gesellschaftlicher Mitarbeit beziehen. Leider wurde bis heute die vom Jugendhilfeausschuss vorgeschlagene Einführung einer Jugendleitercard nicht realisiert. Die Stadtverordneten von CDU und FDP sowie der Exrepublikaner Hirzel lehnten es 2002 ab, 10.000 € jährlich in den Haushalt einzustellen, um die Arbeit von Jugendgruppenleiterinnen und -leitern mit Vergünstigungen für die Nutzung städtischer Einrichtungen und den Besuch städtischer Veranstaltungen zu würdigen.

Transparenz von politischen Entscheidungen und von Verwaltungshandeln erhöhen

Die Linke Liste Wiesbaden fordert eine neue Qualität von Transparenz der öffentlichen Informationspolitik, bei der es nicht mehr im Ermessen von Politik und Verwaltung liegen kann, welche Informationen in welcher Form an die Bevölkerung gegeben werden und bei der die Partizipations- und Informationsbedürfnisse der Gesellschaft den einzigen Maßstab für das Informationsangebot und seine Gestaltung bilden.

Sie setzt sich außerdem dafür ein, dass die Rechte von Abgeordneten in Kommunalparlamenten in keinem Falle eingeschränkt werden und die Rechte von gewählten Gremien, wie z.B. Ortsbeiräte und Ausländerbeirat, ausgeweitet werden.

1. Politisches Informationssystem Wiesbaden

Mit den neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten entstehen für die BürgerInnen weit reichende neue Grundlagen und Voraussetzungen für die sachkundige Information, Mitberatung und Mitentscheidung öffentlicher Angelegenheiten. Ob-

wohl bereits im Jahre 2000 beschlossen, ist das Politische Informationssystem Wiesbaden (PIWi) nach erneutem halbjährigen Verzug erst seit Mitte 2005 über das Internetportal der Stadt Wiesbaden durch die BürgerInnen nutzbar. Die LiLi fordert, dass das PIWi hinsichtlich seiner Aussagekraft deutlich verbessert wird:

- Die Fragen der Stadtverordneten zur Fragestunde in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und die Antworten des Magistrats sind in das PIWi aufzunehmen und dort zu veröffentlichen.
- Jede vom Magistrat (in Stadtverordnetenversammlung, Ausschüsse, Ortsbeiräte) eingebrachte öffentliche Sitzungsvorlage wird in **vollem Wortlaut und – falls vorhanden – mit den dazugehörigen Anlagen, Berichten und Gutachten** öffentlich gemacht.
- Jede vom Magistrat eingebrachte öffentliche Sitzungsvorlage enthält Angaben zum einreichenden Dezernat, zu Ansprechpartner/in und zur Erreichbarkeit der-/desselben.
- Sowohl bei den Fraktionsanträgen als auch bei den Sitzungsvorlagen des Magistrats ist das Abstimmungsverhalten (Zustimmung, Ablehnung, Enthaltung) aller Fraktionen (ggfs. von einzelnen Stadtverordneten) zu dokumentieren. Dies betrifft das Abstimmungsverhalten in der Stadtverordnetenversammlung (Tagesordnung I bis III), in den Ausschüssen und in den Ortsbeiräten.

2. Hessische Gemeindeordnung

Das „Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung“ schränkt die Wirksamkeit der Parlamentarier/innen in den Kommunen drastisch ein und wird daher von der Linken Liste Wiesbaden abgelehnt. Die Linke Liste kritisierte vor der Verabschiedung des Gesetzes im November 2004 u.a., dass es

- die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einschränke und zur Privatisierung öffentlicher Leistungen zwingen,
- die Kontrollrechte der kommunalen Vertreter/innen bei wirtschaftlichen Unternehmungen geschwächt würden,
- bestimmten Parteien oder Wählergruppen der Fraktionsstatus aberkannt werden solle,
- die Abschaffung von Orts- und Ausländerbeiräten erleichtert werde,

1. Die Linke Liste Wiesbaden geht davon aus: Sicherheit ist nicht durch vermehrte Überwachung erreichbar. Die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und Straßenzügen offenbart ein tiefes Misstrauen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Menschen brauchen nicht nur im privaten Bereichen eine Intimsphäre, sondern auch im öffentlichen Raum. Die Linke Liste vertritt daher die nachvollziehbare und berechnete Auffassung, dass Sicherheit in erster Linie durch ein Höchstmaß an Vertrauen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erreichbar ist. Deshalb hat die Fraktion der LiLi die Mitfinanzierung der Videoüberwachung (z.B. 10.000 € für den Platz der Deutschen Einheit) über den Haushalt der Landeshauptstadt abgelehnt. Die Überwachung der BürgerInnen ist ein repressives Instrumentarium. Repressive Maßnahmen sind ausschließlich für kurzfristige Lösungen geeignet, durch sie wird die Kriminalität allenfalls verlagert. Auf lange Sicht werden im Übrigen auch Effizienz und Effektivität auf der Strecke bleiben und damit unnötige Kosten verursacht. Wir lehnen auch einen Übertrag hoheitlicher Aufgaben an private Dienste oder an freiwillige Hilfspolizisten ab. Private Sicherheitsdienste und Hilfspolizisten dürfen nicht bestimmen, wer sich wie und wo in der Stadt aufzuhalten und bewegen darf.
2. Die Linke Liste Wiesbaden wendet sich auch dagegen, dass im Namen des Konsums Obdachlose, Drogenabhängige und Bettler/innen aus dem Stadtbild, insbesondere der Innenstadt, zu verschwinden haben, so dass Kauflustigen und TouristInnen der Anblick und gelegentliche Belästigungen erspart bleiben. Wir wollen nicht, dass die sozialen Verhältnisse der Menschen im Interesse des Profits ausgeblendet werden. Auch in Wiesbaden soll bei Bedarf ein Runder Tisch einrichtet werden, an denen Obdachlose, Drogenabhängige, Geschäftsleute, Vertreter/innen der Politik, der Ordnungsbehörden und sozialer Einrichtungen darüber diskutieren, wie bestehende Konflikte im öffentlichen Raum entschärft werden können. Aufenthaltsverbote sollen künftig weder durch die Kommunen noch gar durch private Ordnungsdienste ausgesprochen werden.

Gerade in Wiesbaden gibt es Beispiele dafür, wie mit sozialen Maßnahmen öffentliche Sicherheit erreicht werden kann. Beispielhaft seien hier die Sanierung der Siedlung Mühlthal Anfang der 1980er Jahre und die Wiesbadener Jugendwerkstatt angeführt; sozialpolitische Ansätze wie das Projekt „Aktiv im Stadtteil“ (AKTiS) in mehreren Wiesbadener Stadtteilen

fordert eine Bestandsgarantie für Frauenhäuser in Hessen und ihre Ausstattung mit ausreichenden finanziellen Mitteln. Die Durchsetzung des Gewaltschutzgesetzes darf nicht durch Streichungen in Frage gestellt werden.

6. Die Arbeit von Schwulen- und Lesbengruppen unterstützen wir und wenden uns damit gegen jede Diskriminierung dieser Bevölkerungsgruppe. In einer demokratischen, freiheitlichen Gesellschaft sollte die Gleichberechtigung dieser Lebensformen eine Selbstverständlichkeit sein.
7. Das Asylrecht für Frauen mit frauenspezifischen Fluchtgründen wie genitale Verstümmelung, Vergewaltigung, Zwangsheirat, Witwenverbrennung, gleichgeschlechtliche Beziehungen u.ä. muss ausgeweitet und bedeutend großzügiger gewährt werden. Für Frauen, die kein eigenständiges, vom Ehemann unabhängiges Aufenthaltsrecht besitzen muss das Bleiberecht gewährleistet werden. Das gilt auch für Frauen, die von Menschenhändlern als Prostituierte oder Ehefrauen nach Deutschland gebracht wurden. Nur so ist es möglich, anstatt der Opfer die Täter zu verfolgen.

Statt Kontrolle und Restriktionen: Sicherheit durch mehr Toleranz

Die Linke Liste Wiesbaden ist der Auffassung, dass Sicherheit für das gesellschaftliche Zusammenleben einen hohen Stellenwert hat. Sicherheit ist eine Grundlage für Zufriedenheit und friedliches Zusammenleben, das gerade in der Anonymität der Stadt von entscheidender Bedeutung ist.

Fragen der Sicherheit aber zu reduzieren auf die Erzwingung von abstrakter Ordnung und auf Kontrollmaßnahmen gegen Minderheiten, wie dies in Wiesbaden geschieht (Video-Überwachungen, Gefahrenabwehr-Verordnung, Bußgeldkataloge), verkehrt den Gedanken der Sicherheit für die Bürger in das Gegenteil.

Die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik für Wiesbaden geben keinen Anlass für die Notwendigkeit überzogener Maßnahmen: Wiesbaden gehört zu den sicheren Städten; ein maßvolles sicherheitspolitisches Handeln ist also möglich.

- die Rechte von Ortsbeiräten, Ausländerbeiräten, Seniorenbeiräten und gegebenenfalls anderer Beiräte (z.B. für Behinderte) beschnitten würden,
- Möglichkeiten zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheide nicht erweitert würden.

Wenn auch eine Veränderung der hessischen Gemeindeordnung zum positiven nur über den hessischen Landtag erfolgen kann, wird die Linke Liste Wiesbaden in ihrer weiteren Arbeit außerparlamentarisch und parlamentarisch dafür Unterstützung mitorganisieren. Sie will damit auch erreichen, dass z. B. bei Großprojekten wie z. B. der Gestaltung und Sanierung von Stadtplätzen, Ortszentren oder neuer Wohnstandorte die Ortsbeiräte in Wiesbaden nicht nur ein Mitgestaltungsrecht eingeräumt wird, sondern auch ein Vetorecht zugestanden wird. Der finanzielle Spielraum der Ortsbeiräte zur eigenständigen Gestaltung des jeweiligen Ortsteils muss außerdem vergrößert werden.

3. Akteneinsicht

Die Fraktion der Linken Liste Wiesbaden wird auch künftig von ihrem Recht gemäß § 50 Abs. 2 HGO Gebrauch machen, die Einrichtung von Akteneinsichtsausschüssen zu beantragen, um die Hintergründe von Verwaltungshandeln aufzuhellen und daraus gewonnene Erkenntnisse politisch zu verwerten.

(Beispiel: Alten- und Pflegeheim AKK GmbH und Altenhilfe Wiesbaden GmbH).

4. Haushaltstransparenz

Die Fraktion der Linken Liste Wiesbaden hat sich auch in Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Gruppierungen in den Vergangenheit bemüht, die Öffentlichkeit über ihre Meinung und Vorstellungen zu den jeweils vorgelegten Doppelhaushalten des Magistrats zu informieren. Schwerpunkte sind dabei, dass

- in allen Phasen die Teilnahme der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen und Prioritätensetzung gesichert ist,
- eine umfassende Information der Bevölkerung über die zur Verfügung stehenden Mittel sowie die anstehenden Aufgaben erfolgt,
- die kommunalpolitisch Verantwortlichen möglichst viele Haushaltstitel zur öffentlichen Debatte stellen und

- sich die Kommunalvertretungen verpflichten, dem Votum der Bürgerinnen und Bürger zu folgen.

5. Status von AKK

Im Sinne eines rechtsstaatlichen, demokratischen Handelns ist der Status der Stadtteile Mainz-Amöneburg, Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim unter Berücksichtigung des Mehrheitswillens der Bevölkerung mit Unterstützung der Stadt Wiesbaden endlich zu klären (Staatsvertrag oder Bundesgesetz).

Gleichstellung der Geschlechter vertiefen

Die WählerInnengruppe LiLi hält es auch weiterhin für wichtig, sich für die Gleichstellung der Geschlechter einzusetzen, solange es in unserer Gesellschaft keine wirkliche Gleichberechtigung der Geschlechter gibt. Das beginnt bei betreuenden Grund- und Ganztagschulen, geht über auf für Frauen und Mütter abgestimmte Qualifizierungsangebote bis zu Förderungsplänen für die Vergabe von Arbeitsplätzen an Frauen. Angebote, männlicher Gewalt nicht ausgeliefert zu sein, sind genauso zu unterstützen, wie die Respektierung der besonderen Sicherheitsbedürfnisses von Mädchen und Frauen.

Die von der Hessischen CDU-Landesregierung begonnene arbeitsmarkt- und familienpolitische Zeitreise zurück in die 50er Jahre wurde durch ein gigantisches soziales Streichkonzert flankiert: Das Milliarden-Sparprogramm von Ministerpräsident Koch, das ausgerechnet unter dem Namen „Operation sichere Zukunft“ 2004 in Kraft trat, schlägt auf die soziale Infrastruktur in den Kommunen durch. Gestrichen oder substanziell zusammengekürzt wurden unter anderem Zuschüsse für Orientierungskurse zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen, Zuschüsse für Frauenhäuser, für Projekte der Familien- und Lebenshilfe wie Pro Familia, für offene Erziehungshilfen, Eltern- und Erziehungsberatungsstellen und Maßnahmen der Jugendhilfe.

Frauen gehören zu den Verlierern der rotgrünen Arbeitsmarktreformen. Sie werden unter Verweis auf verdienende Partner aus dem Bezug von ALG II und damit letztlich aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Dabei geht es nicht nur ums Geld. Es geht um ein konservatives Roll-Back. Wir sind nicht der Meinung, dass die Haus-

frauen an Heim und Herd die Scherben einer verfehlten Sozialpolitik aufkehren sollen oder dass ihre beruflichen Ambitionen Schuld sind an der hohen Arbeitslosigkeit. Und wir sind schon gar nicht der Meinung, dass es Aufgabe des Ernährers (= Ehemannes) sein sollte, ihren Lebensunterhalt abzusichern.

Die Linke Liste Wiesbaden und ihre Fraktion haben sich deshalb in der vergangenen Wahlperiode dafür eingesetzt, dass

- Hartz IV nicht Realität wird;
- nach Verabschiedung der Hartz IV-Gesetze zumindestens die Bestimmungen zu Gunsten der Betroffenen ausgelegt werden und Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Umsetzung durch die Betroffenen selbst wahrgenommen werden können;
- im Rahmen der so genannten Haushaltskonsolidierung Entscheidungen nicht zu Lasten sozial Schwacher, von Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien gehen dürfen.

Wir werden uns in der Wahlperiode darüber hinaus auch weiterhin bei folgenden Schwerpunkten engagieren:

1. Die LiLi wird alle Aktivitäten und Regelungen zur Gleichstellung der Geschlechter auf dem privaten und öffentlichen Arbeitsmarkt in Wiesbaden unterstützen. Dazu gehören kommunale Förderpläne für Arbeits- und Ausbildungsstellen ebenso wie entsprechende Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote, sowie Projekte für Frauen aus anderen Herkunftsländern. Im Bereich sozialer Dienste ist eine qualifizierte Ausbildung und angemessene Bezahlung für Frauen und Mädchen einzufordern.
2. Die LiLi streitet weiter für eine familiengerechte Gestaltung Wiesbadens. Dazu gehört u.a. der Erhalt bestehender Frauenprojekte, die Schaffung flächendeckender Angebote der Ganztagskinderbetreuung, Grundschulen mit festen Öffnungszeiten sowie Ganztagsangebote für alle Schulformen.
3. Eine Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie eine entsprechende Sicherstellung der materiellen Grundlagen ihrer Arbeit ist für uns ein wichtiges Anliegen.
4. Mehr Sicherheit im Öffentlichen Raum für Frauen und Mädchen muss mit mehr Frauenparkplätzen und beleuchteten Wegen gewährleistet werden.
5. Häusliche Gewalt und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sind immer noch Teil der bundesrepublikanischen gesellschaftlichen Realität. Deshalb ist es geradezu skandalös, dass Ministerpräsident Koch hier seinen Rotstift ansetzt. Die LiLi